Satzung

Basisdemokratische Partei Deutschland, Kreisverband Traunstein

(Stand 05.05.2025)

A. Allgemeines

Mitglieder und Positionsbezeichnungen werden unabhängig von ihrem Geschlecht als Mitglieder und mit dem generischen Femininum/Maskulinum bezeichnet. Sie sind grundsätzlich geschlechtsneutral zu verstehen.

§ 1 Name, Sitz

- (1) Die Basisdemokratische Partei Deutschland Kreisverband Traunstein mit der Kurzbezeichnung „dieBasis Kreisverband Traunstein“, alternativ „dieBasis KV Traunstein“, (im Folgenden auch „Kreisverband“ genannt) ist ein Gebietsverband der Partei im Sinne des § 4 Abs. 2 des Parteiengesetzes im Gebiet des Freistaats Bayern. Sein Tätigkeitsgebiet erstreckt sich auf die Stadt Traunstein und den Landkreis Traunstein.
- (2) Der Kreisverband hat seinen Sitz in Traunstein.

§ 2 Zweck

Der Kreisverband dient der Förderung der politischen Arbeit und Verwirklichung der Grundsätze und Ziele der Partei dieBasis im Kreisgebiet Traunstein.

§ 3 Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4 Datenschutz

- (1) Der Kreisverband verpflichtet sich, die personenbezogenen Daten seiner Mitglieder gemäß den geltenden Datenschutzgesetzen, insbesondere der DSGVO, vertraulich zu behandeln.

- (2) Die Verwendung personenbezogener Daten erfolgt ausschließlich zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben.

§ 5 Gliederung

- (1) Der Kreisverband umfasst die Parteimitglieder des Landkreises Traunstein.
- (2) Der Kreisverband untergliedert sich in Kreisverbandsgruppen, folgend „Gruppen“ genannt. Eine Gruppe besteht aus maximal 25 und mindestens 13 Mitgliedern. Die Zugehörigkeit eines Mitglieds zu einer Gruppe bestimmt sich nach dem Wohnort des jeweiligen Mitglieds, sodass eine regionale Vernetzung der Mitglieder erreicht wird und sich kurze Fahrwege ergeben.

Die Gruppengröße wird mit dem Stichtag der Satzungsänderung so festgelegt, dass sich möglichst gleich große Gruppen ergeben.

Bei der Neuaufnahme von Mitgliedern erfolgt die Aufnahme in die seinem Wohnort entsprechende Gruppe. Sollte sich dadurch eine Gruppengröße von über 25 Personen ergeben, führt dies zur Teilung der entsprechenden Gruppe in zwei neue Gruppen zu je 13 Personen.

Bei der Unterschreitung einer Gruppengröße von 13 Personen können die Gruppenmitglieder entscheiden, ob sie sich auf benachbarte Gruppen aufteilen.

- (3) Jede Gruppe wählt einen Sprecher, der die Gruppe nach außen vertritt und Informationen an die Gruppenmitglieder und aus der Gruppe heraus weitergibt.

§ 6 Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder des Kreisverbands können nur natürliche Personen werden, wenn sie das 16. Lebensjahr vollendet haben und ihnen nicht durch ein rechtskräftiges Urteil die bürgerlichen Ehrenrechte oder das Wahlrecht aberkannt worden sind und sie deutsche Bürger sind oder für die Europawahlen wahlberechtigte Unionsbürger, mit einem ständigen Wohnsitz in Deutschland.
Mit der Mitgliedschaft ist zwingend verbunden, dass die Satzung der Partei und die Grundsätze der Partei anerkannt werden.
- (2) Ausgeschlossen ist eine weitere Mitgliedschaft oder Mitwirkung in einer Organisation oder Vereinigung, deren Zielsetzungen den Zielen der Partei und/oder der freiheitlichen Grundordnung widersprechen. Mit dem Beitritt in die Partei wird anerkannt, dass allein die schiedsgerichtliche Feststellung, dass es sich um eine solche Organisation oder Vereinigung handelt, zum Ausschluss aus der Partei führt.

§ 7 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Der Erwerb der Mitgliedschaft ist ausschließlich auf Antrag möglich. Mit dem Antrag auf Aufnahme ist die Anerkennung der Grundsätze und der Satzung der Partei verbunden. Ferner verpflichtet sich der Antragsteller dazu, bestehende oder zukünftige Mitgliedschaften zu anderen Parteien, Wählergruppen, politischen Organisationen oder Vereinigungen unaufgefordert und vollständig mitzuteilen. Mit der Antragstellung bestätigt der Antragsteller, dass er die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt und dass er die Grundsätze sowie die Satzung der Partei anerkennt.
- (2) Die Gruppe in deren Gebiet das Neumitglied seinen Hauptwohnsitz hat entscheidet, ob sie das Neumitglied aufnehmen möchte oder nicht.
- (3) Bei einem Wohnsitzwechsel in das Gebiet einer anderen Gliederung geht die Mitgliedschaft an diese über, sofern das Mitglied nicht angibt, in seiner bisherigen Gliederung bleiben zu wollen. Das Mitglied hat den Wohnsitzwechsel unverzüglich persönlich, schriftlich oder digital der zuständigen Mitgliederverwaltung anzuzeigen.

§ 8 Rechte und Aufgaben der Mitglieder

- (1) Jedes Mitglied hat das Recht und die Aufgabe, im Rahmen dieser Satzung die Ziele der Partei zu fördern und sich an der politischen und organisatorischen Arbeit der Partei zu beteiligen.
Jedes Mitglied stimmt zu, interne Belange der Partei vertraulich zu behandeln und nichts zu unternehmen, was der Partei Schaden zufügt.
- (4) Die Ausübung des Stimmrechts ist nur möglich, wenn das Mitglied seinen ersten Mitgliedsbeitrag nach Eintritt geleistet hat oder (ggf. vorübergehend) frei vom Mitgliedsbeitrag gestellt ist, sowie mit seinen Mitgliedsbeiträgen nicht mehr als drei Monate im Rückstand ist. Alle Zahlungseingänge, die bis 10 Tage vor der Abstimmung eingehen, werden dabei berücksichtigt

§ 9 Besondere Pflicht zur Verschwiegenheit

- (1) Interna, die Persönlichkeitsrechte von Mitgliedern und Mitarbeitern betreffen, können per mehrheitlichem Beschluss als Verschlussache deklariert werden. Über Verschlussachen ist grundsätzlich aus vorgenannten Gründen Verschwiegenheit zu wahren. Verschlussachen können per mehrheitlichem

Beschluss von diesem Status befreit werden.

- (2) Beratungen und Beschlüsse eines Organs der Partei oder der Fachausschüsse können durch Beschluss für vertraulich erklärt werden. In diesem Beschluss ist auszusprechen, was unter Vertraulichkeit im einzelnen Fall zu verstehen ist.

§ 10 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, Tod oder Inaktivität, die sich dadurch definiert, dass das Mitglied länger als zwei Jahre lang nicht auf Kontaktaufnahme reagiert und auch keinerlei sonstige Aktivität zeigt.
- (2) Der Austritt eines Mitglieds ist jeweils zum Jahresende möglich und ist gegenüber der Partei schriftlich zu erklären. Auf Wunsch des austrittswilligen Mitglieds kann der Austritt auch sofort erfolgen, er wird dann mit Eingang der Austrittserklärung wirksam. Ein Anspruch auf Rückzahlung von Beiträgen besteht nicht.

§ 11 Beiträge

- (1) Die Höhe und Fälligkeit der Mitgliedsbeiträge werden durch den Bundesverband festgelegt.
- (2) Der Vorstand kann in Härtefällen auf Antrag eine Beitragsermäßigung oder -befreiung gewähren.

§ 12 Organe

Organe der dieBasis KV Traunstein sind

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der Vorstand des Kreisverbands

§ 13 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist mindestens einmal jährlich einzuberufen.
- (2) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Kreisverbands.
- (3) Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:

- + sie beschließt über Änderungen dieser Satzung; Änderungen bedürfen der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder
 - + sie entscheidet über die Wahl und Entlastung des Vorstandes
 - + sie nimmt den Jahresbericht entgegen
 - + sie wählt die Kassenprüfer
 - + sie entscheidet über die grundsätzlichen Angelegenheiten des Kreisverbands, über den Grundkonsens (Werte und Ziele)
 - + sie entscheidet über die Auflösung des Kreisverbands
- (4) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn es das Parteiinteresse erfordert oder wenn die Einberufung von zwanzig Prozent der stimmberechtigten Kreisverbandsmitglieder schriftlich und unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangt wird. Der Vorstand hat innerhalb von zehn Werktagen nach Eingang eines Antrags auf Durchführung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen.
- (5) Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt schriftlich per E-Mail durch den Vorstand unter Wahrung einer Einladungsfrist von mindestens vier Wochen bei gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung. Gibt es keine E-Mail-Adresse, erfolgt die Einladung per einfachem Brief. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung der Einladungs-E-Mail folgenden Tag. Die Einladungs-E-Mail gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied schriftlich bekannt gegebene E-Mail-Adresse gerichtet ist. Bei Einladung per einfachem Brief gelten die vorgenannten Regeln sinngemäß.
- (6) Jede satzungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 5 % aller Mitglieder anwesend sind. Besteht für eine einberufene Mitgliederversammlung Beschlussunfähigkeit, ist der Vorstand berechtigt, eine zweite Versammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die beschlussfähig ist, wenn mindestens 2 % aller Mitglieder anwesend sind. Darauf muss in der entsprechenden Einladung hingewiesen werden.
- (7) Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse (mit Ausnahme von Satzungsänderungen und bei Auflösung des Kreisverbands) mit einfacher

Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

- (8) Zu einem Beschluss, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen, die nicht ungültig oder Stimmenthaltungen sind, erforderlich.
Über Satzungsänderungen kann in der Mitgliederversammlung nur abgestimmt werden, wenn auf diesen Tagesordnungspunkt bereits in der Einladung (im Rahmen der satzungsgemäßen Frist) zur Mitgliederversammlung hingewiesen wurde und der Einladung sowohl der bisherige als auch der vorgesehene neue Satzungstext beigefügt worden waren.
- (9) Abstimmungen in der Mitgliederversammlung erfolgen nach Wahl des Versammlungsleiters grundsätzlich durch Handaufheben. Ausgenommen davon sind Vorstandswahlen, die in geheimer Abstimmung durchzuführen sind. Auf Antrag von mindestens 20 % der erschienenen Mitglieder, muss auch in anderen Fragen als den Vorstandswahlen geheim abgestimmt werden.
- (10) Sämtliche Beschlüsse sind zu protokollieren. Zur Gewähr für die inhaltliche Richtigkeit ist das Protokoll durch den Vorstand oder den Leiter der Mitgliederversammlung zu unterschreiben. Das Protokoll ist allen Kreisverbandsmitgliedern spätestens vier Wochen nach der protokollierten Beschlussfassung bekannt zu geben. Die Bekanntgabe erfolgt durch Versand per E-Mail oder einfachem Brief.
- (11) Einwendungen gegen den Inhalt eines Beschlusses sind binnen vier Wochen nach dessen Bekanntgabe schriftlich gegenüber dem Vorstand zu erheben. Hilft der Vorstand der Einwendung nicht ab, kann das einwendende Mitglied binnen vier Wochen nach Bekanntgabe der Nichtabhilfeentscheidung eine Klärung per Mitgliederbefragung einfordern, die vom Vorstand binnen vier Wochen umzusetzen ist.

§ 14 Vorstand

- (1) Der Vorstand des Kreisverbands besteht aus mindestens so vielen Personen, wie es einem fünfundzwanzigstel seiner Mitglieder entspricht. Über die Zahl der Vorstandsmitglieder beschließt die Mitgliederversammlung bei der Wahl des Vorstandes.
Der Vorstand muss jedoch unabhängig von der Anzahl der Mitglieder des Kreisverbands mindestens aus folgenden Personen bestehen:
 - einem Kreisvorsitzenden
 - einem stellvertretenden Kreisvorsitzenden
 - dem Schatzmeister

zusätzlich sollte der Vorstand noch mit folgenden Personen ausgestattet sein:

- dem stellvertretenden Schatzmeister
- dem Schriftführer
- dem Schwarmbeauftragten. Der Schwarmbeauftragte hat die Aufgabe, die Mitglieder, insbesondere die Neumitglieder, zu betreuen.

- weitere dem Vorstand angehörende Personen aus dem Kreis der Sprecher der Gruppen gemäß §5 (3) bekleiden gleichberechtigt das Amt von stellvertretenden Vorsitzenden.

- (2) Der Vorstand setzt sich aus den Sprechern der Gruppen gemäß §5 (3) zusammen. Sollten weniger Gruppen vorhanden sein, als Vorstandspositionen zu besetzen sind, so sollen die Gruppen zu gleichen Teilen jeweils zusätzliche Personen für die Vorstandsämter benennen.
- (3) Zur Wahrung des demokratischen Prinzips werden bei einer sehr großen Zahl an Mitgliedern, die eine größere Zahl als 25 Vorstandsmitglieder mit sich bringen würde, Organisationseinheiten aus den Sprechern der Gruppen gebildet, die jeweils zu einer Gruppengröße von maximal 25 Personen führen, die von einem jeweiligen Fürsprecher vertreten werden, sodass die Anzahl der Vorstandsmitglieder die Zahl von 25 nicht übersteigt.
- (4) Der Kreisverband wird, soweit der Vorstand im Sinne des § 26 BGB mehr als ein Mitglied zählt, durch je zwei Mitglieder des Vorstandes gemeinsam gerichtlich und außergerichtlich vertreten.
- (5) Der Vorstand des Kreisverbands wird aus den Sprechern der Gruppen gemäß §5 (3) von der Mitgliederversammlung für die Dauer von 4 Jahren gewählt. Die Mitglieder des Vorstands bleiben so lange im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt worden ist oder dem Vorstand durch ein Mitgliedervotum das Misstrauen ausgesprochen wurde.
Gewählt wird in geheimer Wahl.
Für die jeweiligen Vorstandsämter ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, die nicht ungültig oder Stimmenthaltungen sind, erreicht hat.
- (6) Ein Vorstandsmitglied kann sein Vorstandsamt durch Erklärung gegenüber den übrigen Mitgliedern des Vorstands niederlegen. Die Erklärung ist zumindest in Textform (§ 126b BGB) abzugeben. Soweit neben dem scheidenden Vorstandsmitglied bei Zugang der Niederlegungserklärung kein weiteres Vorstandsmitglied amtiert, ist die Niederlegung gegenüber mindestens einem

Mitglied oder der Mitgliederversammlung zu erklären.

- (7) Sollte ein Vorstandsmitglied durch sein Verhalten (Untätigkeit) die Niederlegung bzw. Nichtausübung seines Amts sichtbar werden lassen, können die übrigen Vorstandsmitglieder den Ausschluss des untätigen Vorstandsmitglieds beschließen. Dieser Beschluss ist nur dann wirksam, wenn dieser unter den übrigen Vorstandsmitgliedern einstimmig gefasst wurde.
- (8) Legt ein Vorstandsmitglied sein Amt nieder, so hat er die Möglichkeit einen geeigneten Nachfolger für sein Amt vorzuschlagen. Der amtierende Vorstand beschließt, ob er den Vorschlag annimmt oder ob jemand aus seiner Mitte die Aufgaben des Ausgeschiedenen kommissarisch wahrnimmt, sowie ob und wann eine Mitgliederversammlung ein neues Vorstandsmitglied für den Rest der Amtszeit wählt.
- (9) Solange der Vorstand aus mindestens vier Personen besteht, können die verbliebenen Vorstandsmitglieder die Aufgaben untereinander umverteilen. Sollte der Vorstand nach dem Rücktritt eines oder mehrerer Mitglieder aus weniger als drei Personen bestehen, ist eine Mitgliederversammlung einzuberufen, auf der die Vorstände neu gewählt werden.
- (10) Dem Vorstand obliegt die Führung der laufenden Geschäfte des Kreisverbands. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - (a) die Vorbereitung und Einberufung von Beschlussfassungen der Mitgliederversammlung nebst Aufstellung der Tagesordnung,
 - (b) die Aufstellung des Haushaltsplanes; das Rechnungs- und Steuerwesen des Kreisverband und die Erstellung der jährlichen Tätigkeitsberichte.

§ 15 Jahresabschluss

- (1) Der Jahresabschluss wird entsprechend den steuerlichen Vorschriften, mindestens aber in Form einer Einnahmen-Ausgabenrechnung im Sinne des § 4 Absatz 3 EStG aufgestellt.
- (2) Er besteht mindestens aus einer Einnahmen-Überschuss-Rechnung sowie einer Vermögensübersicht.

§ 16 Kassenprüfung

Die Mitgliederversammlung bestellt zwei Rechnungsprüfer, die weder dem Vorstand noch einem vom Vorstand berufenen Gremium angehören dürfen, um die

Buchführung einschließlich Jahresabschluss zu prüfen und über das Ergebnis vor der Mitgliederversammlung zu berichten.

§ 17 Auflösung des Kreisverband und Vermögensbindung

- (1) Für den Beschluss, den Kreisverband aufzulösen, ist eine Mehrheit von 80 % der abgegebenen Stimmen der in der Mitgliederversammlung anwesenden Mitglieder erforderlich. Der Beschluss kann nur nach rechtzeitiger Ankündigung in der Einladung zur Mitgliederversammlung gefasst werden.
- (2) Bei Auflösung oder Aufhebung des Kreisverbands fällt das nach Begleichung allfälliger Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des Kreisverbands an den Landesverband.

§ 18 Salvatorische Klausel

Soweit einzelne Regelungen dieser Satzung unwirksam sein sollten, berührt dies nicht die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen.